

Danziger Volksstimme

Angelnummer 1: - 20. (Sonntags 1.10.22)

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. - Bezugspreise: In Danzig befreiter Zustellung ins Haus monatlich 15.- Mk., vierteljährlich 45.- Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. - Telefon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Angelnummer: Die 8-spaltige Zeile 5.- Mk., von auswärts 7.- Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegen nach bel. Tarif, die 3-spaltige Reklameweile 15.- Mk., von auswärts 20.- Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. - Postfachkonto Danzig 2245. Expedition: Am Spandhaus 6. - Telefon 3230.

Nr. 124 Montag, den 29. Mai 1922 13. Jahrgang

Beratungen über die Reparationsfrage in Berlin.

In der Reichsregierung und im Reichstag wird augenblicklich über das Ergebnis der Verhandlungen beraten, die der Reichsfinanzminister Hermes in Paris mit der Reparationskommission gehabt hat. Das Reichskabinett trat einmütig auf den Boden der in Paris erzielten Grundlage für die weiteren Verhandlungen und beschloß, dem auf den späten Nachmittag am Sonnabend einberufenen Auswärtigen Ausschuss des Reichstages in diesem Sinne den endgültigen Bericht zu erstatten. Die vertrauliche Aussprache des Auswärtigen Ausschusses, an der sich der Reichskanzler, der Reichsfinanzminister, der Reichswirtschaftsminister, sowie Vertreter aller Parteien beteiligten, dauerte bis 10 Uhr abends. Ein Antrag auf Beschlußfassung wurde nicht gestellt. Die aus den Pariser Besprechungen sich ergebende Note an die Reparationskommission wird Montag der Reparationskommission in Paris übergeben werden. In der Plenarsitzung des Reichstages am Montag werden Erklärungen der Regierung über die Konferenz von Genua abgegeben werden.

In Parlamentärsreisen nimmt man an, daß die Besürchtungen, Deutschland könne die Zusicherung, die es in der Frage der Einstellung des Notendrucks abgeben soll, nicht einhalten, nunmehr zerstreut seien. Die Besürchtungen bezogen sich auf die in Aussicht genommene Frist für das Abschoppen der Notendrucke, d. h. den 31. Mai d. J., und auf die Frage, ob Deutschland bei einer neuerlichen starken Verschlechterung der Markvaluta die Einrede der höheren Gewalt erheben könnte. Nach neuerlichen Informationen wird nicht bezweifelt, daß eine solche Einrede Deutschlands offen bleiben wird. Im übrigen hat die Meinung an Boden gewonnen, daß die Bedenken gegen die einzugehenden Verpflichtungen nicht das ihnen ursprünglich beigemessene Gewicht haben, weil die Verpflichtungen Deutschlands eine äußere finanzielle Unterstützung und die Einhaltung einer bestimmten Frist zur Voraussetzung haben, innerhalb deren die auswärtige Hilfe zustande kommen muß. Was die Stimmung in den Parteikreisen des Reichstages anlangt, so wird nicht daran gezweifelt, daß die am Montag zu erwartende Stellungnahme des Kabinetts die Zustimmung der Mehrheit des Hauses finden wird.

Wie aus London gemeldet wird, soll zwischen dem britischen Auswärtigen Amt und Poincaré in den letzten Tagen ein lebhafter Meinungsaustrausch stattgefunden haben, der zu dem Ergebnis führte, daß Poincaré zugestimmt hat, auf die Ergreifung irgendwelcher neuer Sanktionen gegen Deutschland, wie die Besetzung des Ruhrgebietes, vorläufig zu verzichten, um den alliierten Regierungen, der Reparationskommission und dem Ausschuss für die Reparationsfrage, von einem Abkommen über das Reparationsproblem zu gelangen.

Amerikanische Bestrebungen auf Ermäßigung der Reparationslasten.

Der amerikanische Kongressabgeordnete Britton, der in Frankfurt weilte, um mit hiesigen Wirtschaftskreisen Fühlung zu nehmen, erklärte einem Vertreter der „Frankfurter Zeitung“, daß die Stimmung der Vereinigten Staaten gegen Deutschland zusehends besser werde, dagegen mache die Abneigung gegen Frankreich, die ihren Ausgang genommen habe von dem Verhalten Frankreichs auf der Washingtoner Konferenz. Die Besetzung des Rheinlandes müsse als völlig nutzlos und als Bedrohung für den Frieden aufgehoben werden. Amerika werde Deutschland keine finanzielle Hilfe leisten, wenn Frankreich bei einer nachgiebigen Haltung in der Rüstungs- und Reparationsfrage beharrt. Britton glaubt, daß bei den jetzt in Paris stattfindenden Anleiheverhandlungen von amerikanischer Seite auf Frankreich ein Druck ausgeübt wird. Die Amerikaner beabsichtigen, auf Ermäßigung der deutschen Reparationszahlungen zu dringen und auf dieser Grundlage ein fünfjähriges Moratorium für Deutschland anzustreben.

Der Reichstag zum deutsch-russischen Vertrag.

Wie der „Volkswagen“ zu der Sonnabend-Sitzung des Auswärtigen Ausschusses, die sich insbesondere mit dem

Vertrage von Rapallo beschäftigte, mitteilt, wird die Denkschrift, die die endgültige Formulierung des Textes des Vertrages enthält, dem Reichstage erst in einigen Tagen zugehen. Damit falle, wie das Blatt schreibt, die Erwartung, daß über den Vertrag im Plenum des Reichstages nach der großen politischen Aussprache abgestimmt werden könne. Die Abstimmung dürste erst nach Pfingsten erfolgen. Das Blatt glaubt aus dem Verlauf der gestrigen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses schließen zu können, daß die Stimmung gegenüber dem Vertrag im allgemeinen günstig ist. Sämtliche Parteien - von den Kommunisten bis zur Deutschen Volkspartei - dürften für den Vertrag zu haben sein. In parlamentarischen Kreisen rechne man sogar damit, daß unter Umständen auch die Deutschnationalen dem Vertrage zustimmen werden.

Eine Rede Clemenceaus.

Bei der Enthüllung eines Denkmals zu Ehren der gefallenen Schüler des Gymnasiums Clemenceau in Nantes hielt gestern der ehemalige Ministerpräsident Clemenceau eine Gedächtnisrede. Am Abend sprach er bei einem Bankett nochmals und bemerkte: Vor dem Jahre 1914 glaubten verschiedene Völker an unsern Niedergang. Es waren dieselben Völker, die uns für unfähig hielten, einen Krieg zu führen und zu gewinnen und die uns heute vorwerfen, wir wollten wieder einen Krieg beginnen. Wir wünschen, sagte Clemenceau weiter, keinen Krieg, wir wünschen Frieden, aber wir sind fähig, Krieg zu führen. Auch 1914 wollten wir keinen Krieg. Wir haben es dadurch bewiesen, daß wir unsere Truppen 80 Kilometer zurückzogen, was nicht meine Billigung fand; denn man soll niemals aufgeben, was man hat. Krieg wollten wir auch heute nicht, aber wir wollen auch keinen entehrenden Frieden. Wir werden unsere Offiziere nicht aufgeben, wir wünschen im Gegenteil ihre Verbündeten zu bleiben; aber wir wünschen ein wenig Gerechtigkeit für uns. Wir erkennen an, daß sie uns geholfen haben, und wir werden nie vergessen, was wir ihnen schulden. Aber sie ihrerseits müssen uns verstehen und dürfen uns nicht irgendwelche Hintergedanken zuschreiben, und sie dürfen unsere Interessen nicht andern Interessen opfern. Mit einem Wort: Es geht nicht an, daß sich die Steger vor dem Besiegten beugen. Wir wollen alles tun, um den Frieden anrecht zu erhalten, aber es gibt Grenzen, über die wir nicht zurückgehen werden.

Sozialistenempfang in Moskau.

Die von der Amsterdamer und Wiener Internationale entsandten ausländischen Verteidiger der Sozialrevolutionäre, u. a. Vandervelde und Theodor Liebknecht, sind Freitag in Moskau eingetroffen. Da die neuerdings in der Presse und in Meetings betriebene makellose Hege Zwischenfälle befürchten ließ, wurde die Ordnung auf dem Bahnhof durch ein starkes Milizausgebot aufrechterhalten. Bei der Abfahrt vom Bahnhof wurden die ausländischen Sozialisten von kommunistischen Zusammenrottungen mit Pfeifen und Schimpfrufen empfangen. Die erwarteten Verteidiger aus der Zahl der im Auslande weilenden russischen Sozialrevolutionäre haben ihre Reise nach Moskau aufgegeben, um die politischen Leidenschaften nicht noch stärker zu entfachen.

Trotski prahlt weiter.

Trotski hat im Anschluß an die Feier der Beendigung des Bahnrückzugs der kommunistischen Kriegsschule eine Rede gehalten, wobei er u. a. folgendes sagte: Glaubt nicht an die Redereien in Genua. Stüht euch nur auf eure Bajonette und Batterien. Konferenzen geben uns nicht das, was wir brauchen. Das, was wir brauchen, werden wir an dem Tage erhalten, an dem die Rote Armee die Grenzen der kapitalistischen Staaten überschreitet und die rote Fahne über Europa wehen wird. Noch in diesem Jahre muß die Rote Armee ihre Kraft und Kampffähigkeit beweisen. Auf der Tagung des Allrussischen Zentralsekretivkomitees wurde die Beratung des Gesetzentwurfs über die Perabsetzung des Bestandes der Roten Armee mit Rücksicht auf die ungenügenden Ergebnisse der Genua-Konferenz vertagt. Der Rat der Volkskommissare wurde jedoch vom Zentralsekretivkomitee beauftragt, sobald die Verhandlungen der Gaager Konferenz günstig verlaufen, einen Entwurf für eine radikale Abrüstung auszuarbeiten.

Die „Wahlen“ in Ungarn.

Budapest, 28. Mai. Bei den heutigen Wahlen zur ungarischen Nationalversammlung waren bis 3 Uhr nachmittags aus 28 Wahlbezirken die Endergebnisse eingetroffen. In 21 Bezirken wurden die Kandidaten der einheitlichen Regierungspartei, in einem Bezirk ein regierungstreuerlicher Parteiloser, in einem anderen Bezirk Graf Albert Apponyi (Oppositioneller) gewählt. Um 7 Uhr lagen die Resultate von 6 weiteren Bezirken vor, in denen die Kandidaten der einheitlichen Regierungspartei gewählt worden sind. Bis 10 Uhr abends waren 64 Abgeordnete der Regierungspartei und 6 der Opposition gewählt. In 18 Bezirken wird eine Stichwahl vorgenommen. Aus 48 Bezirken steht das Ergebnis noch aus.

Das Wahlergebnis ist unter dem ärgsten Terror des Regierungsapparates und des reaktionären Offiziersbundes zustande gekommen. Außerdem war das neue Wahlgesetz auch so gestaltet worden, daß der Korthy-Regierung eine Mehrheit werden mußte. Außerstande, die geplanten Wahlverkürzungen auf gesetzlichem Wege durchzuführen, hat die Regierung Korthys das neue Wahlgesetz einfach im Verordnungswege erlassen mit der Begründung, daß das Mandat der alten Nationalversammlung abgelaufen sei. An Stelle des allgemeinen geheimen Wahlrechts, unter dem die letzten Wahlen vor sich gegangen sind, hat Korthys Ministerpräsident, Graf Bethlen, ein neues Wahlrecht eingeführt. Daß das neue Wahlgesetz den Steuer- und Bildungszensus einführt, daß es das Wahlrecht der Frauen an das vollendete dreißigste Lebensjahr und an den Nachweis der Absolvierung von sechs Schulklassen knüpft und noch zahlreiche andere einschränkende Forderungen aufstellt, bedeutet noch nicht das Ärgste, obwohl man sich die Schwierigkeiten leicht vorstellen kann, denen sich ein ungarischer, der Regierung nicht genehmer Wähler gegenüberstellt, wenn er nach der vollzogenen Bereinigung Ungarns den geforderten dokumentarischen Bildungsnachweis vorlegen oder die zweijährige Schäftigkeit an dem Orte der Wahl nachweisen soll. Die vorverpflichtete Bestimmung, die der Wahlbikatur Korthys und seiner Beamten (der berücksichtigten Offiziersbeamten) Tür und Tor öffnet, liegt darin, daß die Wahlen auf dem Lande nicht geheim, sondern öffentlich sind! Nur in Budapest und in einzelnen anderen größeren Orten sah sich die Regierung genötigt, geheime Listenwahl zuzulassen. In den Wahlbezirken mit geheimer Stimmabgabe findet die Wahl erst später statt, da die Regierung dann diese Wähler mit dem bisherigen Wahlergebnis einzuschüchtern gedenkt.

Ein Zwischenfall in München.

Die Korrespondenz Hoffmann meldet, am 29. Mai sollte die Landespolizei Landeshut durch Mitglieder der Internationalen Kontrollkommission in München kontrolliert werden. Dabei kam es an der Polizeikaserne, vor deren Eingang ein Kraftwagen mit interalliierten Offizieren und einem deutschen Begleitoffizier (alle in Zivil) hielt, zur Ansammlung einer größeren Menschenmenge, die ihren Unmut über die beabsichtigte Kontrolle durch erregte Zurufe zum Ausdruck brachte. Angesichts der drohenden Haltung der immer mehr sich ansammelnden Volksmasse führten die Vertreter der Interalliierten Kontrollkommission unverrichteter Dinge nach München zurück. Der ganze Vorgang dauerte wenige Minuten. Zu Tätschkeiten gegen die ausländischen Offiziere kam es nicht. - Diese törichten Belästigungen der Entente-kommission durch den nationalistischen Pöbel dürften für Deutschland nur ernannte Schwierigkeiten schaffen.

Unruhen in Mexiko.

Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington verlautet dort gerüchtweise, daß in Mexiko unter der Führung von Felix Diaz eine neue Revolution ausgebrochen sei. „Newyork Herald“ berichtet aus Washington, in Tombstone (Arizona) sind mexikanische Flüchtlinge aus dem mexikanischen Staat Sonora angekommen, wo nach ihren Angaben Indianer aus unbekanntem Grund im Aufstand seien sollen.

Die politische Lage in Ostpreußen.

Auf dem kürzlichen Bezirksparteiabend der Sozialdemokratischen Ostpreußen machte der Gen. Josephin interessante Ausführungen über die politische Lage in unserer Nachbarprovinz. Ostpreußen sollte einst die Kornkammer des Deutschen Reiches sein, trotzdem erleben wir es, daß nirgends mehr als wie in Ostpreußen die Großagrarier die Produktion willkürlich einschränken. So hat das Gut Engelsstein 1600 Morgen, ein Wespenn. Vom Gut Engelsstein ist ein Drittel umgebaut, auf dem Gut Tharau reicht die Ernte nicht zur Leuteerhaltung, auf Wostarien müssen sich die Leute Brot kaufen. Neben diesen gibt es eine ganze Reihe, die ihre Güter nicht genügend bewirtschaften. Die Forstwirtschaft ist zum großen Teil in Privatbesitz. Aus diesen Privatforsten besteht keine Möglichkeit, Holz zu kaufen, weil sie vollkommen abgeholzt werden und das Holz nach dem valutastarken Ausland geht. Dadurch ist in Ostpreußen eine gewaltige Holzknappheit eingetreten und wird die Nahrungsmittelherstellung außerordentlich erschwert, besonders durch das Ansteigen der Preise. Der Zusammenbruch der ganzen ostpreussischen Holzindustrie steht bevor. In Ostpreußen nun kein Land der Großindustrie ist, wird die schlechte Lage Ostpreußens durch die Unternehmer benutzt, um die Löhne der Arbeiterschaft zu drücken. An ein Aufblühen der ostpreussischen Wirtschaft ist nicht zu denken, weil die Agrarier Bankrottspolitik treiben, indem sie aus ihren Grundstücken möglichst alles herausziehen. Dann wandert das Gut von Hand zu Hand und jeder der neuen Besitzer schreit nach einer Erhöhung der Preise. Alle Landwirte, die sich durch ihre Anwesenheit und durch ernstes Streben nach Förderung der Produktion bemerkbar machen, werden von ihren Berufsgenossen sowohl als auch von den Behörden verfolgt. Redner führt einige Beispiele an. 300 bis 700 ausländische Arbeiter und weitere 13 000 Wollwäcker befinden sich in Ostpreußen. Diese Leute werden von den Agrariern zu Lohnrüdern benutzt. So hat neben anderen Agrariern der deutschnationale Führer Oldenburg-Januschew seine deutschen Arbeiter entlassen und dafür 80 Polen eingestellt. So wird die Polengefahr „bekämpft“, die in der nationalistischen Presse als so gefährlich für Ostpreußen hingestellt wird. Die nationale Einheitsfront, die von der Rechten propagiert wird, ist in Wahrheit eine nationalistische, propagiert von denselben Leuten, die Polen nach Ostpreußen herinzuziehen. Von nationalistischer Seite wird alles versucht, um uns in die nationalistischen Vereinigungen hineinzuziehen. Wir haben das mit aller Entschiedenheit abgelehnt. Aber das genügt nicht, wir müssen zum ersten Kampf gegen den Heimatbund, gegen den Stahlhelm, schreiten. So hat der Heimatbund sich große Mengen Waffen verschafft, nicht als Schutz gegen eine Polengefahr, sondern einmal zur Bekämpfung der Arbeiterschaft, zum Putz für die Monarchie, und dann vielleicht, um gegen Polen vorzugehen und damit Deutschland erneut in das Chaos eines Krieges zu stürzen. Alle prominenten Führer werden herangezogen, um Ostpreußen zu bearbeiten. Letow-Worbeck, von Müde, Ludendorff, zum Schluß Hindenburg schleppen die Deutschnationalen nach Ostpreußen, um die monarchistische Propaganda zu beleben. Wir haben an Hindenburg den Eisenen Brief gerichtet, und es ist bezeichnend, daß gegen uns neben den Rechtsparteien auch die Kommunisten Angriffe gerichtet haben. Wir haben eine Einheitsfront mit den Kommunisten in dieser Frage abgelehnt, weil diese die politische Aktion mit wirtschaftlichen Fragen verbinden wollten. Wir müssen mit aller möglichen Aufklärung und mit starker Einwirkung auf die Reichs- und Staatsbehörden gegen die monarchistische Propaganda kämpfen. In Mühlhausen versuchten die Deutschnationalen durch die Behauptung, daß England Deutschland in einem Kampf mit Frankreich unterstützen würde, Geld zu erschmoren. In Allenstein sprach der Deutschnationale Ohm von einer Bartholomäusnacht für die Republik. Wir werden dazu schreiten müssen, die vielen Schandthaten der Deutschnationalen in ihren Heimatländern und Stahlhelmen-

nationalen 24) beschloß. — Damit hat der linke Flügel der tschechischen Sozialdemokratie auch die Spaltung der Partei beschlossen.

Auslandszucker.

In Deutschland war in der letzten Zeit der Zucker so knapp geworden, daß die Reichsregierung die Einfuhr von Auslandszucker gestattete. Schon die amtliche Ankündigung der Freigabe der Einfuhr von Auslandszucker hat in Berlin zur Folge gehabt, daß möglichst Zucker in jeder Menge angeboten wird, und der Auslandszucker — der offenbar auf den Telegrammenbräthen nach Deutschland gerufen ist. Wir erhalten folgende Meldung aus Berlin:

Die amtliche Freigabe der Zuckereinfuhr hat in geheimnisvoller Weise ein Massenangebot von Zucker zur Folge gehabt. In Berlin und Charlottenburg haben schon am Tage der amtlichen Freigabe der Einfuhr verschiedene Lebensmittelgeschäfte durch Auslandszucker bekannt gemacht, daß am Nachmittag — Auslandszucker verkauft werde.

Hoffentlich erkundigt sich die Behörde sehr eingehend nach der Herkunft dieses Zuckers, denn nicht nur die Verbraucher, sondern auch die realen Geschäftslente haben ein Interesse daran, daß dem habichtigen Treiben gewissenloser Spekulant einiegel vorgehoben wird. Daß Zucker in großen Mengen abichtlich dem Verkauf entzogen wurde, steht fest.

Die Urabstimmung der süddeutschen Metallarbeiter.

Das Gesamtergebnis der Urabstimmung in Bayern zur Beendigung des Metallarbeiterstreiks ist folgendes: Abgegeben wurden insgesamt 37 876 Stimmen, für die Annahme des Verhandlungsergebnisses 20 157 Stimmen, für Ablehnung 6000 Stimmen. Die Arbeit wurde in Nürnberg, Augsburg und Würth am Freitag wieder aufgenommen. In München wird nur in einzelnen Betrieben gearbeitet.

Die Mehrzahl der Münchener Firmen weigerte sich, den Streik wieder aufzunehmen. Es sind dies die Bayerischen Motorenwerke, Bayerischen Bergmann-Werke, Elektromotorenwerke, Süddeutsche Waggonfabrik, Krupp-Werke und weitere 8 Betriebe. Die angeführten Firmen machen bei der Einstellung Schwierigkeiten, zum Teil erkennt man den Arbeiter und die Betriebsräte nicht mehr an.

Für die Annahme der Einigungsbedingungen in der Metallindustrie Württembergs haben sich bei den Abstimmungen in den Betrieben zwei Drittel der Arbeiter ausgesprochen.

Änderung im Angestelltenversicherungsgesetz.

Im sozialpolitischen Ansehen des Reichstages wurde ein Gesetzentwurf über teilweise Umgestaltung der Angestelltenversicherung mit der Maßgabe angenommen, daß die Versicherungsgrenze von 30000 auf 100 000 Mark heraufgesetzt wird unter entsprechender Änderung der Gehaltsklassen und Beiträge. Ferner soll grundsätzlich das Markenverfahren eingeführt werden. Die letztere Bestimmung soll am 1. Januar 1923 in Kraft treten, während die übrigen Bestimmungen bereits am 1. Juli 1922 in Kraft treten werden.

Gedenkfeier für die Opfer der Pariser Kommune.

Gestern hat auf dem Père Lachaise die Gedenkfeier an die Kommune stattgefunden. Sozialisten, Kommunisten und Gewerkschaftler zogen mit Fahnen nach der historischen Mauer, an der in der Maiwoche 1871 die Kommunekämpfer von der bürgerlichen Regierung Gambettas niedergemetzelt wurden. Es durften keine Reden gehalten werden. In Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

Der kleine Kreuzer „Lübeck“ wurde seiner Zeit nach dem kaiserlichen Hafen Köddin zum Abwraten verkauft. Die Käuferin, die Köddiner Schiffswerft, ist inzwischen in Konkurs geraten, ohne die Abwratenarbeiten ganz zu Ende geführt zu haben. Jetzt schweben Verhandlungen, das Wrack wieder nach Deutschland zu verkaufen.

nationalen 24) beschloß. — Damit hat der linke Flügel der tschechischen Sozialdemokratie auch die Spaltung der Partei beschlossen.

Vertrauen zur deutschen Republik.

Wir lesen im „Vormärz“: Wenn uns etwas in schweren Zeiten neuen Mut und neue Zuversicht geben kann, so ist es das Vertrauen, mit dem das Ausland auf die künftige Entwicklung Deutschlands blickt. Das Kaiserreich mit seinen dem Ausland unverständlichen Regierungsformen und seiner wahnsinnigen Politik hatte uns die ganze Welt zu Feinden gemacht und dadurch den Zusammenbruch verschuldet. Die Republik hat dem deutschen Volk neue Sympathien gebracht. Das zeigt die gesamte Entwicklung der Weltlage, zeigen alle Unterhaltungen mit Ausländern, die Deutschland besuchen, und die Erfahrungen deutscher Reisender im Ausland. Besonders erfreulich sind die Äußerungen, die der Präsident der großen mächtig aufstrebenden Republik Argentinien, der auch in Europa hochangesehene Staatsmann Frigoyen, zu dem deutschen Schriftsteller Dr. Coltin-Roh gemacht hat und die dieser in seinem demnächst bei Brockhaus erscheinenden Buch „Südamerika, eine aufsteigende Welt“ wiedergibt. Sie lauten:

Unsere Sympathie gilt in erster Linie dem klüchtigen und arbeitsamen deutschen Volke ohne Rücksicht auf seine Regierungsform. Aber selbstverständlich ist es, daß wir als Republikaner für eine deutsche Republik doppelte Sympathien empfinden. Im Kriege muß schließlich immer einer verlieren, und die Niederlage kann die Bewunderung für das, was Deutschland geleistet, nicht verringern. Statt an Sympathien zu verlieren, hat das deutsche Volk durch die Revolution nur gewonnen, und zwar durch die Tatsache, daß es aus einem derartigen weltgeschichtlichen Zusammenbruch sich aus Anarchie in die Bahnen einer neuen ruhigen Entwicklung hinaufarbeitete. Selbstverständlich ist es, daß die Spuren eines derartigen Umwandlungsprozesses noch nicht verwischt sind und daß man noch mit einem Zeitalter wird rechnen müssen, ehe die deutsche Republik sich völlig konsolidiert hat. Aber ich habe keinen Zweifel daran, daß Deutschland sich zu einem großen demokratischen Gemeinwesen entwickeln wird, in ähnlicher Weise wie die Vereinigten Staaten.

Diese Äußerungen des argentinischen Staatsmannes, auf so einwandfreie Weise übermitteln, stehen im schärfsten Gegensatz zu den Behauptungen, die von der angeblich nationalen Presse, den „Gamburger Nachrichten“ und ähnlichen Blättern, fortgesetzt aus den Ueberseeländern kolportiert werden. Diese Blätter fälschen ihren eigenen blinden Haß gegen die Republik, der vielleicht nur noch von einer Minderheit übergeschnappter oder unwissender Auslandsdeutscher geteilt wird, in die Meinung des Auslandes um. In Wirklichkeit denkt sowohl die Mehrheit der Auslandsdeutschen wie auch das Ausland selbst ganz anders. Es ist nichts als schmutzige Verleumdung des deutschen Volkes, was diese Sorte „nationaler“ Blätter treibt, und wir müssen uns vor dem Ausland schämen, daß die Republik sich das Treiben dieser Presse so ruhig gefallen läßt.

Spaltungsarbeit der Unabhängigen.

Gestern fand eine Konferenz der Vertrauensleute der Linken der tschecho-slowakischen sozialdemokratischen Partei statt, die nach einem Referat des Abgeordneten Charrat die Änderung der Parteienbenennung in „Unabhängige sozialdemokratische Arbeiterpartei“ und den Anschluß an die internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien (Inter-

Der deutsche Schiffsbau.

Im Friedensvertrag ist Deutschland gezwungen worden, seine Handelsflotte bis auf einen kleinen Rest von Schiffen den Siegern auszuliefern. Alle Schiffe über 1600 Tonnen mußten übergeben werden und die Hälfte aller Fahrzeuge von 1600 bis 1000 Tonnen. Was den deutschen Reedereien verblieb, war im wesentlichen nur für Küstenfahrt geeignet. Seitdem sind rund drei Jahre vergangen, eine Zeit, in der die deutschen Reeder die Hände nicht in den Schoß gelegt haben. Gewisse Summen flossen ihnen als Entschädigung für die abgelieferten Schiffe aus dem Reederentschädigungsgesetz zu. Reichlich dies Geld, zumal sich der Wert der Mark inzwischen um ein Vielfaches verringert hatte, auch nicht für vollen Ersatz aus, so trug es doch mit dazu bei, der deutschen Seeschiffahrt neues Leben einzufügen. Bekanntlich haben deutsche Reedereien eine Reihe ehemals deutscher Schiffe, die abgeliefert waren, zurückgekauft. Auch von dem Ankauf mehrerer fertiger Schiffe aus ausländischem Besitz ist berichtet worden. Zugleich aber wandte sich der deutsche Schiffsbau, der jahrelang hauptsächlich für die Zwecke der Kriegsflotte gearbeitet hatte, nun ganz dem Bau von Handelsschiffen zu. Der Zeitungsleser hat namentlich im letzten Jahre häufig vom Stapellauf einzelner deutscher Schiffe erfahren; es ist auch bekannt, daß heute auf fast allen Linien wieder deutsche Schiffe fahren. Jetzt ist jedoch zum ersten Mal seit dem Kriege wieder eine amtliche deutsche Statistik über den deutschen Schiffsbau herausgegeben worden. Umfaßt diese Statistik auch nur den Zeitraum von 1914 bis 1920, so gestattet sie doch auch einen Schluß auf das folgende Jahr. Im letzten Friedensjahre vor dem Kriege, 1913, sind auf den deutschen Werften 440 000 Bruttotonnen für die Handelsflotte gebaut worden. In den Kriegsjahren überzog sich verständlich der Kriegsschiffbau.

Die Tonnenzahl für Handelszwecke ging daher stark zurück: 1915 waren es noch 201 000, 1916 noch 196 000 Bruttotonnen, 1917 aber nur noch 65 000 und 1918 gar nur noch 38 000 Tonnen, die an Handelszwecke fertiggestellt wurden. Auch die Tonnenzahl für 1919 ist noch sehr bescheiden: 155 000 Bruttotonnen, von denen aber 130 000 für ausländische Rechnung gebaut wurden. Erst 1920 setzt der Um- und Aufschwung ein: in diesem Jahre wurden 327 000 Bruttotonnen fertiggestellt, von denen 84 700 Tonnen für ausländische Rechnung gingen, so daß die deutsche Handelsflotte um 242 300 Tonnen neuen Schiffstraums wuchs. Ende 1920 aber befanden sich auf deutschen Werften noch 892 Schiffe mit 1 714 300 Bruttotonnen in Bau. Daraus kann man sich unschwer ein Bild davon machen, wie erheblich der deutsche Handelszweck im vergangenen Jahre zugenommen haben muß. Man kann aber daraus auch, wenn man mit der letzten Zahl die von 1913 vergleicht, die außerordentlich gestiegene Leistungsfähigkeit der deutschen Werften erkennen. Wurden noch 1914 42 300 Tonnen deutschen Handelszweckes auf ausländischen Geländen erbaut, so hat man bisher noch nichts davon gehört, daß ein deutscher Schiffsbauauftrag ins Ausland hätte vergeben werden müssen.

Um höchsten See der Welt.

Der Titicaca-See, der auf dem „Dache“ Südamerikas in annähernd 4000 Meter Höhe inmitten der Schnee- und Eiswüste der Cordillera liegt, ist der höchste See der Welt, und nicht nur diese Tatsache, sondern auch die geheimnisvollen Sagen, die die Eingeborenen von ihm berichten, breiten um ihn eine phantastische Stimmung. Colin Ross, der vor kurzem Südamerika auf einer Forschungsreise besucht hat, gibt von dieser höchsten See der Erde eine anschauliche Schilderung in „Meer Land und Meer“. Man kann den Titicaca-See, der an Ausdehnung ein kleines Meer scheint, heute mit

der Bahn erreichen und ihn in zweitägiger Dampferfahrt vom bolivianischen nach dem peruanischen Ufer durchqueren.

„Wir fahren über den heiligen See der Sonnenkönige, den sie sich ausgewählt, um vom Himmel aus die Erde zu betreten“, schreibt Ross. „Der Dampfer passiert die Enge von Tiquina. Bis auf wenige hundert Meter treten die beiden Ufer aneinander. In zwei Becken scheidet Tiquina den See. Die Sonne sinkt. Das Wasser in der Enge ist wie flüssige Blut, die in den sich erweiternden See strömt wie in ein riesiges, glühendes Kesselbecken. Eine dunkle Masse hebt sich über das flammende Rot; die Sonneninsel, die Insel, auf die die indianischen Herrscher Manco Kapu und Mama Delo nach der Sage herniederstiegen. Noch heute liegen hier die Reste des Sonnenempels, jener heiligen Kultstätte, die vielfache Sperrn umschlossen, so daß kein Unheiliger sich ihr nähern konnte, keiner, der nicht auf die Unbesieglichkeit seines Herrgers und die Reinheit seiner Gedanken siebenfach geprüft worden wäre. Drüben aber, am Ufer, erhebt sich an der Stelle unvalter heidnischer Kultstätten das Kloster von Copacabana, das Heiligum „Unserer Mutter Gottes vom See“. Anständig liegt die Menge hier auf den Anien, Indios und Cholos in bunter Zahl. Dazwischen die Frauen, die ihre Kinder vom Rücken herabgenommen und vor sich niedergelegt haben. Innerhalb geht der Gesang in den unheimlich feierlichen Gutturallauten der Ymra-Indianer: Ahu anai Mama, Muanafir Senora Arroja raquitaya. Dies anquin nairapua „Heilige Mutter Gottes, lilt für uns!“ überwiegt mir der mich führende Französischererwähnt. „Aber, was ist dabei denken.“ fügt er nach einer Weile nachdenklich hinzu, „kein Weiser wird es je ergründen.“

Danziger Nachrichten. Der Zehnmarkschein.

In unserem Brandenburger Partielorgan lesen wir folgenden Erlebnis, das ebensogut auch in Danzig spielen könnte. Vor einigen Tagen besuchte ich im Kreise Jerichow einen ziemlich großen Bauern, bei dem ich während des Krieges mehr als einmal für schweres Geld ein paar Pfund Kartoffeln gehandelt hatte. Weil ich der Meinung war, daß ich bei meinem Neben Bekannten aus der Kriegszeit einiges Entgegenkommen finden würde, wenn ich ihm die Not der Städter klarlegen könnte, setzte ich mich auf mein Fahrrad und fuhr in den Kreis Jerichow hinaus. Die Begrüßung war sehr freundlich. Das Thermometer sank aber, als mein Landwirt erfuhr, welche Wünsche ich auf dem Herzen hatte. Für zwanzig Pfund Kartoffeln und ein paar Eier mußte ich 90 Mark bezahlen. Das war eine ganz nette Forderung. Ich gab einen Zehnmarkschein hin und bekam einen gefalteten Zehnmarkschein wieder heraus. Die beiden Hälften waren von irgendeinem Patentkreuzer mit einem gummierten Streifen Papier zusammengefleht, auf dem in großer Druckchrift zu lesen stand:

„Der Jude nahm Silber, Gold und Speck
Und ließ die Deutschen, diesen Dreck.“

Ich hatte den Landwirt gefragt, ob er ein Jude ist. Er wurde wütend und sagte: „Ja bin evangelisch! Met de Juden haw ik nix to daun!“

Werte Redaktionsgenossen! Teilen Sie bitte allen Lesern mit, daß ich mit einer trübseligen Gewißheit nach Hause fuhr. Mit der Gewißheit nämlich, daß ein deutscher „evangelischer Christ“ auf dem Lande und Deutsche mehr ausplündert, als der „Jude“, von dem auf dem gefalteten Zehnmarkschein die Rede ist.

Bei der nächsten Lohnerhöhung am 1. Juni kaufe ich mir einen schönen Holzrahmen und stecke den bestellten Zehnmarkschein hinein. Dies Gemälde hänge ich unter meinen

Spiegel, um beim Morgengebet immer daran zu denken, was mir im Kreise Jerichow mit einem weißen Kagar-Christen passiert ist, der kein „Jude“ sein will.

Die Kosten der freistaatlichen Justizverwaltung.

Der Senat legte jetzt den Etat der Justizverwaltung für das Jahr 1921 vor. Einer Einnahme von 28,7 Millionen Mark steht eine Ausgabe von 88,8 Millionen Mark gegenüber, so daß ein Zuschuß von 75 Millionen Mark erforderlich ist. An Kosten und Geldstrafen sind 12 Millionen Mark eingebracht. Die Beschäftigung der Gefangenen brachte 110.000 Mark Einnahme. Zu den Kosten des vorläufigen Obergerichts trägt das Remelgebiet 80.000 Mark bei. Unter den Ausgaben ist die für die Befolgung die größte. Für Befolgung der Justizbeamten werden über 10 Millionen Mark gezahlt. Andere persönliche Ausgaben erfordern außerdem noch 2,2 Millionen Mark. Für sachliche Ausgaben werden 1,1 Millionen Mark angefordert. Für die Strafanstalten werden 947.800 Mark an Befolgung ausgegeben. Aus dem Arbeitsverdienst der Gefangenen erhalten mittlere und untere Gefängnisbeamte 6000 Mark. Für Beköstigung und Pflege der Gefangenen sind 1,1 Millionen Mark ausgegeben worden. Der an Gefangene ausbezahlte Arbeitsverdienst betrug 40.000 Mark. Die Kosten für Vollstreckung der Zuchthausstrafen betragen 1,4 Millionen Mark. Die zu Zuchthaus verurteilten Personen werden in preussischen Strafanstalten untergebracht und dafür pro Kopf und Tag 15 Mark vom Freistaat gezahlt. Im Jahre 1920 wurden 190 Personen zu Zuchthaus verurteilt, mit der gleichen Anzahl Zuchthausurteile wurde auch im Jahre 1921 gerechnet. Ueber die Kosten, die durch Vollstreckung der Todesstrafen entstanden sind, werden keine Angaben gemacht.

Schmuggel auf dem Hauptbahnhof. Die Buchhalterin Helene Cyprihka aus Posen hatte sich vor dem Schöffengericht

wegen versuchter unerlaubter Ausfuhr zu verantworten. Die Dame kam mit einer Handtasche auf den Hauptbahnhof in Danzig, um nach Posen zurück zu fahren. Sie hatte nur die Handtasche zur Zollrevision vorgelegt. Ein Herr kam dazu und stellte einen nicht revidierten Handkoffer neben sie und verschwand darauf. Ein Zollbeamter hatte die Vorgänge beobachtet und die Ueberzeugung gewonnen, daß die beiden Personen zusammen wirkten. Die Angeklagte wurde darauf festgenommen und der Koffer beschlagnahmt. Die Angeklagte will zwar nicht wissen, wem der Koffer gehört, aber das Gericht kam zu der Ueberzeugung, daß die Angeklagte mit dem Herrn zusammen wirkte und daß man den Koffer hindurch schmuggeln wollte. Das Urteil lautete auf 500 Mark Geldstrafe und Einziehung.

Polnische Verleumdung.

Die Warschauer „Koczospolita“ brachte in der Nummer vom 14. Mai 1922 die Nachricht von einem kriegsgerichtlichen Verfahren gegen mehrere namentlich genannte polnische Soldaten, die am Verkauf militärischer Schriftstücke beteiligt gewesen sein sollen. Als ihren Auftraggeber nannte das Blatt „die deutsche Spionagezentrale in Danzig, die unter der Firma „Heimatdienst“ ihre Ermittlungen nach Polen entsendet.“

Der Vorstand des „Danziger Heimatdienstes“ bittet um Abdruck der folgenden Äußerungen dazu: Die Unterhaltung der Leser mit Spionagegeschichten und Dokumentenverkäufen ist seit Ausbruch offenbar hoch in Kurs gekommen. Das beweisen auch die Meldungen über Spionageaktivität, die in letzter Zeit mehrfach in der „Gazeta Wdanska“ auftauchten. Aber selbst die „Gazeta Wdanska“ kam bis jetzt noch nicht auf den Gedanken, daß ausgerechnet dort „die deutsche Spionagezentrale in Danzig“ ihr unheimliches Wesen treibt. Diese „Entdeckung“ blieb dem Warschauer Blatt vorbehalten.

Die Tätigkeit des Danziger Heimatdienstes ist in der Dessenitätlichkeit bekannt. Die Behauptung des Warschauer Blattes ist nichts weiter als eine haltlose und vollständig aus der Luft gegriffene Verleumdung.

Wir sind billig

Tennisschuhe
Bootschuhe
Seglerschuhe

Der grosse treue Kundenkreis beweist es uns *
Unser heutiges Angebot beweist es Ihnen

Kinder - Halbschuhe weiss
Leinen, vorzügliche Qualität,
breite, bequeme Form, Grösse
31-35 165.-, 27-30

145

Damen - Schnürschuhe weiss,
feinstes Leinen, solide gute
Ausführung, vorzügliche Pass-
form, sehr billig

198

Damen - Spangenschuhe
prima weiss Leinen, gute Ver-
arbeitung, eleganter Absatz,
feiner Strassenschuh

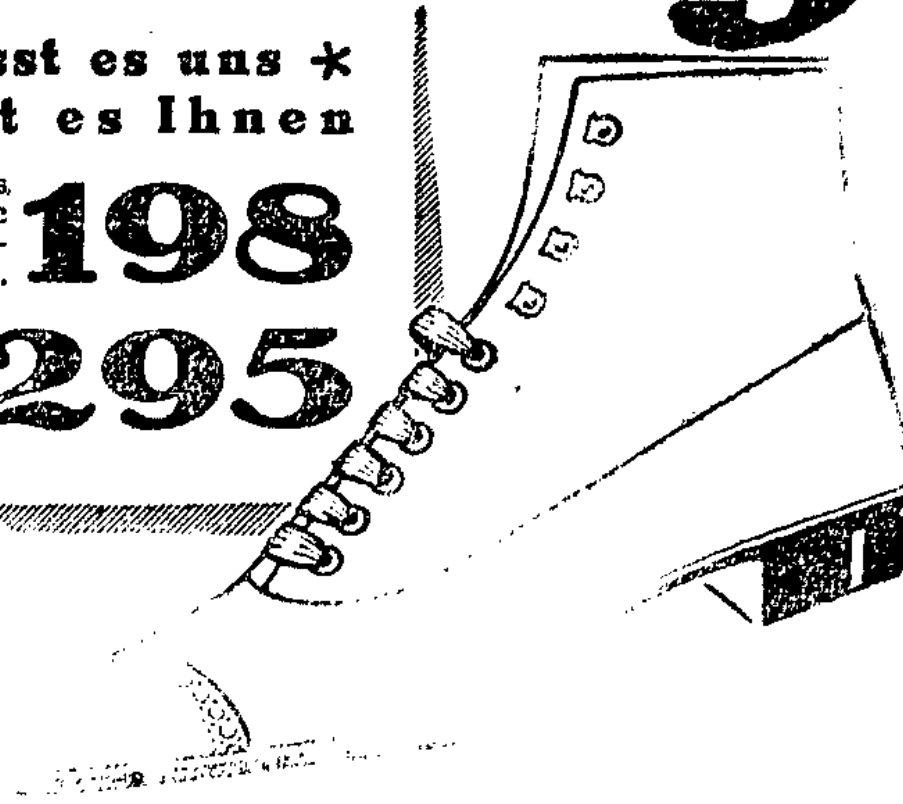
189

Herrn - Promenaden-
schuhe aus bestem weissen
Leinen, vorzügl. Fabrikat,
tadel. Sitz, bes. preiswert

295

Leiser

Langgasse 73



Fräulein

Ein Danziger Heimatroman
von Paul Enderling.

(49)
Copyright 1920 by J. G. Cotta'sche Buchhandlg. Nachflg. Stuttgart).

Eine andere Stelle suchen, das war leicht. Aber würde es da anders sein? Mit Grauen dachte sie an die prüfenden Blicke der Damen, die sie engagieren wollten. Sie war eine arme Skavin, nur daß sie noch mehr verkaufte und schwerer trug.

„Aber wenn mich Bothar so sieht, so als arme, kleine, jämmerliche Skavin, — kann er mich dann lieben? Und wenn ich fort bin und er mich hier nicht mehr findet — was dann?“

Sie war in ein Netz verstrickt. Sie hatte anderen helfen wollen, den Maschen zu entgehen, und saß selber darin, rettungslos und hilflos.

Die häßlichste Thea gewesen war — wie besinnungslos! Und bei dieser Erinnerung überflutete es Fräulein: Thea war eifersüchtig. Sie wußte vielleicht von Bothar mehr als sie selber. . . . Wäre sie sonst so maßlos gewesen?

Fräulein lächelte. Sie lächelte, wie nur eine Frau lächelt. . . .

Und nun wußte sie, sie würde aushalten; bis — ja bis wann? Bis Bothar kam — bis er um sie warb — bis er fortgegangen? Ach, es war kein Ende von Schmerz und Qual abzusehen.

Als sie schon einschlafen wollte, klang Geigenspiel zu ihr herüber. Das war der junge Hilmer, der mit seiner Mutter im vorderen Haus wohnte. Er war blind, aber nicht von Kind an: er hatte sich, als er im Naturhistorischen Garten durchspazieren wollte, die Augen verbrannt, die Angel hatte aber nur das Augenlicht vernichtet und ihm ein dunkles Leben gelassen. Nun griff er ab und zu zur Geige und sprach da Dinge, die er

nicht mit den Lippen sprechen mochte. Er hatte schon lange nicht gespielt. Warum heute?

Die Klänge spannen eine Brücke zu ihr herüber, eine Brücke leicht und vielfarbig wie ein Regenbogen. Sie ging im Mondlicht durch verwilderte Gärten; aus den dunklen Pöden schimmerten marmorne Wälder herüber. Sie ging an überwundenen Palästen und stillen Brunnen vorbei, aus denen sich erste, fremde Gesichter mit klagenden, fragenden Augen neigten. Die Bäume wurden lebendig. Es waren am Ende gar keine Bäume mehr. Es waren dunkle Gestalten, die etwas in den Händen trugen: Gold, Weihrauch und Myrrhen. Und herbe, schlank, Epheben kamen aus maurischen Hallen. In den Händen trugen sie Girlanden aus weissen, weissen Rosen. Und nun — schill und hart sprach jetzt die Geige. Sie schrie in mildem Schmerz. Es war wie verzweifelltes, ausstichloses Aufhauen gegen ein Schicksal, wie der Trost eines, den man den Sabbat seines Herzens nicht feiern lassen will und der lieber zugrunde geht, als daß er ihn läßt.

Sie hatte das Deckbett abgestreift und saß auf dem Lager, die Hände um die Knie gefaltet. Es froh sie. Aber sie achtete dessen nicht. Sie hörte dem Singen der Geige zu, und ihre Augen weiteten sich in Angst und Not.

Durch die verwilderten Gärten brauste der Sturm; er brach Reste von den Bäumen, Giebeln und Köpfe von den Marmorbildern und geriss die weissen Rosenranken. Am Brunnenrand hochte ein unförmiges Wesen mit grünen Glogaugen und lächelte hämisch. — Und wiederum wie durch einen Spruch des Zauberers war alles wie vorher. Die weissen Rosen, der Brunnen, die Marmorbilder und das Mondlicht, das alles umglänzte. Und dies Leuchte, die milde Verkörperung, der lächelnde Ausklang war vielleicht das Weibste an dem Bild und an dem Lied des Blinden Geigers drüben.

Fräulein brach — sie wußte nicht warum — in Tränen aus. Sie kauerte bewegungslos und schluchzte leise, um die kleine Eva nicht zu hören, vor sich hin. In dieser Stellung schlief sie endlich ein.

„Sind Sie mir sehr böse?“ fragte Thea am nächsten Morgen.

Fräulein schwieg.
„Ich war ein dummes Hundchen gestern. Ich weiß nicht, was mich plagte. Es kam so über mich. Ach Gott, ich weiß ganz gut, was mich plagte. Ich will nicht lügen, ich weiß es nur zu gut.“

Fräulein sah zu Thea hinüber. Thea stand am Fenster. Das helle Morgenlicht zeigte unerbittlich in ihrem Gesicht Fältchen, die Fräulein noch nie bemerkt hatte.

„Ich bin nicht glücklich, Fräulein,“ sagte Thea leise.
Fräulein nickte. Man sah es Thea wohl an, daß sie nicht glücklich war.

„Ich wollte, ich könnte irgend etwas tun, irgend etwas erreichen, um frei zu sein.“

Um frei zu sein. . . „Und Doktor Hemming?“ sagte Fräulein. Es war das erste, was sie zu Thea sagte.

„Er tut mir leid,“ sagte Thea. „Und auch wiederum nicht. Er hat ja den Menschen, den er liebt. Was will er noch? Meine Liebe? Er muß doch wissen, daß ich nicht gefragt wurde — damals. Er muß doch Vater kennengelernt haben.“

„Ist es nicht dennoch schön für Sie?“

„Ich weiß nicht, ob es schön ist. Es quält mich.“ Sie öffnete rasch das Fenster und rief in den Garten hinunter: „Geht du schon zum Baden, Mutter? Warte einen Augenblick.“ Sie schlug das Fenster wieder zu und nahm Fräuleins Rechte. „Ich bin ein böses Luderchen. Ich wußte gar nicht, daß ich so böse sein kann. Aber Sie sind vernünftig, nicht wahr, und tragen's mir nicht nach?“

„Ja,“ sagte Fräulein.

„Ich mache es auch wieder gut. Soll ich Ihnen Kuchen von Hause mitbringen?“

Da nickte Fräulein lachend.

Frau hörte kein; auch sie bemühte sich, den Mißklang des getragenen Abends vergessen zu machen. Sie tat es so deutlich, daß Fräulein wieder ganz aufgeweckt wurde.

(Fortsetzung folgt.)

Danziger Nachrichten.

Der Postverkehr Polens im Freistaatsgebiet. Eine Entscheidung des Oberkommissars.

Zwischen Danzig und Polen sind seit längerer Zeit Auseinandersetzungen erfolgt über die Errichtung von polnischen Postämtern im Danziger Hafen. Der polnische Standpunkt ist der, daß Polen das Recht hat, beliebig viele Postämter, die es innerhalb oder außerhalb der Grenzen des Hafens von Danzig benötigt, einzurichten, mit völliger Freiheit, seine Postsendungen von dort nach und von Polen in jeder Weise und in jeder Richtung, die ihm beliebt, zu befördern, und daß es ferner berechtigt ist, wie im Falle der Eisenbahnen jedes Gelände oder Gebäude außerhalb der Grenzen des Hafens im Gebiete der Freien Stadt zu kaufen oder zu pachten, welches es zur Errichtung dieses Post-, Telegraphen- und Fernsprechdienstes und dessen Verbindung mit Polen durch Danziger Gebiet hindurch benötigen würde.

Andererseits steht der Danziger Senat auf dem Standpunkt, daß Polen nur ein Postamt, welches sich innerhalb der Grenzen des Danziger Hafens und nicht irgendwo anders im Danziger Gebiet befinden muß, errichten dürfe, und daß es von dort seinen Post-, Telegraphen- und Fernsprechverkehr mit Polen auf einer Linie und in einer Richtung, die beide nicht geändert werden dürfen, weiterführen könne und daß während dieser Durchführung durch Danziger Gebiet alle Sendungen verpackt sein müssen und ein Verkehr mit irgendeinem Teil des Danziger Gebiets nicht erlaubt ist. Auch liegt keine Notwendigkeit der Polen vor, zum Kauf oder zur Pachtung von Gelände oder Gebäuden, um die Postsendungen durch Danziger Gebiet hindurch zu befördern oder um den Telegraphen- und Fernsprechdienst durch dieses Gebiet hindurch einzurichten. Gleichfalls liegt keine Notwendigkeit vor, Postämter in diesem Gebiete zu eröffnen, besonders in Anbetracht dessen, daß Polen bereits die vollständige Überwachung der Verwaltung aller Postspuren im Gebiete der Freien Stadt Danzig inne hat.

Der Oberkommissar hat nun entschieden: 1. daß Danzig Polen mit den Mitteln versehen muß, einen Post-, Telegraphen- und Fernsprechdienst in der Nähe des Hafens von Danzig einzurichten, wenn möglich in einem Gebäude, aber in jedem Falle in einem oder mehreren zusammenliegenden Gebäuden; 2. daß Polen das Recht hat, von der Danziger Regierung an angemessenen Bedingungen und überall auf dem Gebiete der Freien Stadt die notwendigen Ländererwerbungen oder Gebäude zur Einrichtung dieses Dienstes und zu seiner zweckmäßigen und bequemen Weiterleitung durch das Danziger Gebiet hindurch nach irgendeinem von Polen gewählten Platz in Polen oder nach irgendeinem Platz, über den die beiden Regierungen von Polen und Danzig sich geeinigt haben, zu kaufen oder zu pachten, daß aber, wenn Polen auf Grund dieses Rechts Forderungen stellt, es verpflichtet ist, nachzuweisen, daß der Kauf oder die Pachtung solchen Geländes oder solcher Gebäude in Übereinstimmung mit Artikel 30 der Konvention vom 9. November 1920 „notwendig“ ist.

3. Daß der Verkehr bei diesem Post-, Telegraphen- und Fernsprechbetriebe unmittelbar auf irgendeinem von Polen gewählten Wege oder irgendwelchen zwischen beiden Regierungen von Polen und Danzig gemäß Artikel 150 des Abkommens vom 24. Oktober 1921 vereinbarten Wegen von einem auf Danziger Gebiet gewählten Platze zu einem oder mehreren auf polnischem Gebiete gewählten Plätzen geführt werden muß, und daß kein Post-, Telegraphen- oder Fernsprechmaterial oder Sendungen auf diesem Wege oder diesen Wegen angenommen oder ausgegeben werden dürfen, ausgenommen bei der in 1. oben bezeichneten Einrichtung.

4. Daß Polen diese Verbindung gemäß den in 3. erwähnten Bedingungen auf jede von ihm ausgewählte Art, Bahn, Luft, Landstraße oder Wasser einrichten kann und den gewählten Weg wechseln darf, vorausgesetzt, daß es nicht 2 oder mehr wahlweise Wege zu gleicher Zeit benutzt, ausgenommen bei Vereinbarung wie in Unterabsatz 3 oben.

Der Empfang der dänischen Metallarbeiter.

Die Ankunft der dänischen Metallarbeiter verzögerte sich, weil sie ohne das polnische Visum aus ihrer Heimat abgereist sind und infolgedessen den polnischen Korridor nur über Berlin mit den Durchgangszügen passieren durften. Die Reise wurde noch weiter erschwert durch das Ausbleiben des Kleinbahnverkehrs ab Marienburg am 5. Montag. Deshalb wurden die Reisenden von Marienburg mit 3 Schiffen nach Danzig gebracht. Alle Versuche des dänischen Generalkonsuls mit Hilfe des polnischen diplomatischen Vertreters, die Reise von Stettin über den Korridor zu ermöglichen, scheiterten.

Gegen 7 1/2 Uhr traf der Transport auf dem Wasserwege ein. Zum Empfang waren erschienen der erste diplomatische Vertreter Dänemarks Generalkonsul Koch, der Vorsitzende der dänischen Kolonie in Danzig Gjerding, Vertreter der Direktion der Danziger Werft sowie seitens der Gewerkschaften Arzyski. Trotz der langen und beschwerlichen Reise waren die dänischen Freunde in ausgezeichnete Stimmung.

Nachdem der Generalkonsul seine Landsleute begrüßte, nahm auch der Vertreter des Metallarbeiterverbandes das Wort, um sie namens der Danziger Gewerkschaften willkommen zu heißen. Seine Ausführungen wurden durch den Generalkonsul übersetzt. In persönlicher Unterhaltung konnte sich Genosse Arzyski, wie er uns mitteilt, überzeugen, daß alle Ankommenden, soweit sie Metallarbeiter sind, dem Metallarbeiterverbande angehören, soweit sie Tischler sind, dem Holzarbeiterverbande. Fast alle haben eine sehr lange Arbeitslosigkeit hinter sich.

Der größte Teil von ihnen ist ledig. Infolge des Wohnungsmangels wurden die dänischen Arbeiter einstweilen in Wohnbaracken in dem früheren Auswandererlager Troyl untergebracht, wo auch die Verpflegung erfolgt.

Massenkündigung von Wohnungen durch den Senat.

Sämtliche Mieter der Großen Krämergasse, Rathausseite, sind vom Magistrat zum 31. März 1923 gekündigt worden. Von Seiten der Mieter hat man das Mietkündigungsamt angerufen. Das Amt hat sich aber, was bei allen Mietern großes Befremden erregte, auf die Seite des Senats gestellt und die Kündigung als zu recht bestehend erklärt. Der Senat hat erklärt, daß in diesen genannten Läden und Wohnungen die Sparkasse untergebracht werden soll. Ob das der günstigste Moment ist um eine solche Massenkündigung vorzunehmen, nur um die Sparkasse zu vergrößern, das zu beurteilen überlassen wir der breitesten

Öffentlichkeit. Schon die riesigen Kosten, die durch einen solchen Bau entstehen, lassen daran Zweifel, ob eine solche Sache rentabel ist. Ferner kann der Senat, wenn er die Räume der Sparkasse vergrößern will, dieselbe in andern Gebäuden die ihm angewiesen sind, unterbringen. Die Mieter der Großen Krämergasse verkennen die Lage nicht, in der sich der Senat befindet, aber sie halten den ledigen Zeitpunkt für den ungeeignetsten. Der Senat hat den Mietern seine Unterstützung bei der Beschaffung von andern Wohnungen und Geschäftsräumen zugesagt. Wie er das fertig bringen will, bleibt wohl sein Geheimnis, wenn man bedenkt, daß Tausende von Wohnungssuchenden beim Wohnungsamt angemeldet sind, die schon Jahr und Tag auf eine Wohnung warten und noch keine erhalten konnten. Seit Jahresfrist stehen Hunderte und Hunderte auf der Dringlichkeitsliste und suchen eine Wohnung zu erhalten und bekommen keine. Und da stellt sich der Senat hin und tut so, als wäre es ihm möglich, einige Duzend Wohnungen aus dem Budget heraus zu schüttele für seine gekündigten Mieter.

Unter den gekündigten Mietern befinden sich Geschäftsleute, die 50 und 75 Jahre lang in diesen Häusern gewohnt haben. Die Verlegung der Geschäfte in andere Stadtviertel kann für die Geschäftsinhaber große Verluste bringen. Weiter besteht die Gefahr, daß nicht genügend große Geschäftsräume zur Verfügung gestellt werden können, so daß dann eine Anzahl von gewerblichen sowie kaufmännischen Angestellten, die schon jahrelang in den betroffenen Geschäften tätig waren, einfach entlassen werden müssen. Des weiteren sind Geschäftsinhaber vorhanden, die größere Summen zum Anbau ihrer Läden verausgabt haben und dadurch ebenfalls schwer geschädigt sind. Ob der angegebene Grund, die Sparkasse zu vergrößern, der wirkliche Grund zur Kündigung war, wird von den Mietern stark bezweifelt. Vereils vor drei Jahren hat der damalige Magistrat mit denselben Dingen operiert. Die Mieter des Hauses Große Krämergasse 1 sollten damals hinausgeworfen werden, um einer Firma aus Warschau, die natürlich eine an Wucher grenzende Miete bezahlt hätte, Platz zu machen.

Wer wird nun durch die Maßnahmen des Senats geschädigt?

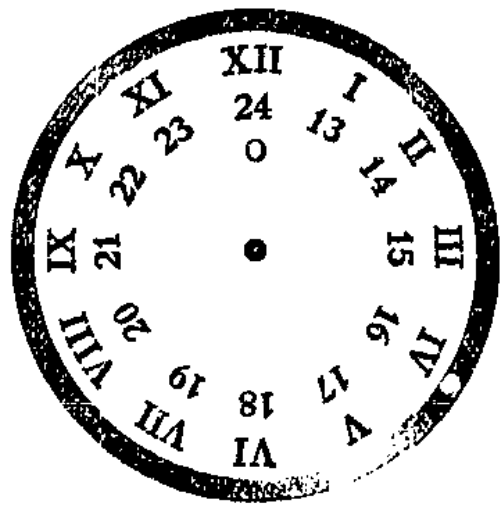
Die Interessenten, die schon Jahr und Tag nach einer Wohnung suchen. Die Angestellten, die auch eventuell entlassen werden könnten. Die Gewerbetreibenden können ihre Steuern, Gewerbe- und Umsatzsteuer und sonstige Abgaben nicht zahlen. Dasselbe trifft auf die entlassenen Arbeitskräfte zu.

Von der Maßnahme des Senats sind folgende Mieter betroffen: Albert Gut, W. Nollhänger, G. Wroß, Bruno Fehle, H. Scholz, P. Klefisch, Walter Neumann, Otto Harder, Gust. Neumann, Amalie Berg geb. Kunzli und Untermieter, Otto Kollmann Frau Wedhorn.

Die Angelegenheit kam auch schon einmal in der Stadtverordnetenversammlung zur Sprache. Damals wurde von der Senatsbibliothek erklärt, daß kein Mieter herausgeholt werden sollte. Nachdem die Angelegenheit diese Wendung genommen hat, wird die Stadtverordnetenversammlung erneut dazu Stellung nehmen müssen.

Die 24-Stunden-Uhr.

Abgesehen von Dänemark und Holland haben alle an Deutschland grenzenden Staaten in ihrem Verkehrsleben die 24-Stundenzählung. Auch in Deutschland ist ihre Einführung schon vor Jahren erörtert worden, man konnte sich dazu aber aus gewichtigen Gründen nicht entschließen. Am 1. Juni wird im Eisenbahnverkehr des Freistaats die 24-Stundenuhr eingeführt. Man wird natürlich nicht neue Uhren schaffen, mit einem durchgehenden Zifferblatt von 24 Stunden, sondern man wird die alten Uhren mit einer doppelten Reihe Stundenzahlen versehen. Von mittags 1 Uhr ab gelten die arabischen Ziffern oder die römischen, je nachdem. Die neue Uhr wird dann so aussehen:



Eine ungeeignete Persönlichkeit.

Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe hatte beim Senat beantragt, als unparteilichen Vorsitzenden des Tarifamtes zur Erledigung der Streitfragen über Abschluß eines neuen Tarifvertrages und Lohnabkommens den Kommerzienrat Benske, früher Graudenz, jetzt Danzig-Langfuhr, zu ernennen. Wegen diese Ernennung erhoben die baugewerblichen Arbeiterverbände Einspruch und erklärten, unter dem Vorbehalt des Herrn Benske würden sie nicht verhandeln und auch gar nicht zum Tarifamt erscheinen, denn von einer Unparteilichkeit kann bei Herrn Benske keine Rede sein. Erstens kennen sie ihn aus seinem eigenen Betriebe und zweitens aus seiner Wandlungsfähigkeit. Er ist deutscher Kommerzienrat, gehörte früher zur deutschen Nationalliberalen Partei, war Mitinhaber des „Geselligen“, der in einer unerschämten Weise gegen die Polen hetzte. Benske selbst hat bei jeder Gelegenheit mit seinem Deutschtum gepöhl. Als die Polen Graudenz besetzten, soll er, so wurde uns von unjeren Graudenzger Parteigenossen mitgeteilt, den Polen sehr zugehen gewesen sein und soll sogar, als die Polen unter Muskat und allem Tamtam die Graudenzger Bevölkerung zum Marktplatz zusammengetrommelt hatten, der deutsche Kommerzienrat, Herr Benske, eine Werberebe dort für die polnische Kriegsanleihe gehalten haben. Ein Mann, sagen die Bauarbeiter, der so und so kann, eignet sich nicht für sie als unparteilicher Vorsitzender des Tarifamtes, und fordern sie, falls überhaupt durch das Tarifamt verhandelt werden soll, die Bezeugung durch eine andere Persönlichkeit.

Delegiertenwahlen im Verband der Fabrikarbeiter.

Zum 14. Verbandstag, welcher am 9. Juli in Frankfurt am Main eröffnet wird, sind im Gau 5. Gebiet östlich der Weichsel, einschließend Danzig, folgende Kollegen als Dele-

gats gewählt: Peter-Eiding, Buchholz-Königsberg, Paulus-lab-Insterburg. Die Wahlteilnahme war überall reger. Im Wahlkreis Danzig-Ebing erhielt Peter-Eiding 1286, Vogel-Danzig 1090 Stimmen. Die Zahlreiche Königsberg wählte Buchholz mit circa 1500 Stimmen. Im Wahlkreis Memel-Tilsit-Insterburg-Mastenburg erhielt Paulus-lab-Insterburg 1740, Kehler-Tilsit 937 Stimmen. — Zum 11. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands ist im Gau 5 der Gewerkschafter Volkermann Danzig mit 610 Stimmen gewählt.

Nichterwahl. Am 27. Mai 1923 hat unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Dr. Biehm eine Nichterwahl stattgefunden. Es sind gewählt worden: zu Landgerichtsdirektoren der Obergerichtsrat Dr. Blum und der Amtsgerichtsrat Dr. Bunske, zu Landgerichtsräten die Landrichter Dr. Heurmann und Barentz; zu Amtsgerichtsräten der preussische Amtsgerichtsrat Schwante und der Amtsrichter Evers, zum Landrichter der Oberstaatssekretär Biehm, zu Amtsrichtern die Gerichtsassessoren Bins und Wohler, zum Handelsrichter der Kaufmann Kurt Siebenfreund und zum stellvertretenden Handelsrichter der Bankdirektor Otto Dremig.

Sowjetrussischer Besuch. Die Polnische Telegraphenagentur meldet, in Danzig weist der Vertreter der Handelsmission der Sowjetregierung in Polen, Korfalow, um an Ort und Stelle die Transitmöglichkeit über Danzig nach Russland zu prüfen und die Danziger Industrie kennen zu lernen. Es ist beabsichtigt, in Danzig eine Institution zu schaffen, der die Erleichterung des Transports der für Russland bestimmten Waren, besonders der vom amerikanischen Viskomittee gelandeten Lebensmittel, obliegt.

Auch das Droschkentaxi wird teurer. Nach einer Verordnung des Polizeipräsidenten wird auf den Tarif für Droschken ohne Fahrgeldbesitzer ein Zuschlag von 100 Prozent erhoben.

Wilhelm-Theater. Am 31. Mai findet das letzte Gastspiel des Julimes Theater statt, ausnahmsweise ist der Anfang der Vorstellung um diesem Abend auf 7 Uhr festgesetzt. Am 1. Juni beginnt die neue große Operettenspielzeit unter dem Bühnenleiter Hr. Otto Meuff. Es gelangt zur Einführung „Prinzessin Dalat“, Musik von Jean Gilbert, die hier in Danzig zum ersten Male in Szene geht. Billetverkauf ist im Warenhaus Gebr. Freymann. Der Vorverkauf zur Premiere hat bereits begonnen.

Spielplan des Wilhelm-Theaters vom 1. bis 3. Juni: „Prinzessin Dalat“, Operette in 3 Akten; Musik von Jean Gilbert.

Die Feuerwehr wurde am Sonnabend vormittag gegen 10 Uhr nach Weichselmünde gerufen, wo in der Nordstraße ein Fußbodenbrand ausgebrochen war. Nachmittags machte ein Schornsteinbrand in dem Hause Küsterstraße 3 das Eingreifen der Wehr notwendig. Bei dem Brande am Schmalfelder Weg in Ohra trat die Danziger Feuerwehr ebenfalls in Tätigkeit.

Polizeibericht vom 28. und 29. Mai 1922. Festgenommen: 37 Personen, darunter 8 wegen Diebstahls, 2 wegen Körperverletzung, 1 wegen Puffschußung, 2 wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt, 2 wegen Hausfriedensbruchs, 2 wegen groben Unfugs, 1 wegen Schleicherei, 2 wegen Verdröhung, 1 wegen Bettelns, 1 zur Festnahme aufgegeben, 12 in Polizeihaft, obdachlos: 3 Personen.

Ohra. Feuerstignal rief in der Nacht vom Sonnabend zu Sonntag die freiwillige Feuerwehr nach dem Grundstück Schmalfelder Weg 20, wo ein dem Eigentümer Schulz gehöriger Schuppen mit Stroh und Heu verbrannte.

Zoppot. Vorsicht beim Vermieten. In der Seestraße fragte ein gutgekleideter Herr nach einem möblierten Zimmer, beschichtigte dieses und war auch mit dem Preis einverstanden. Plötzlich erklärte er, es sich anders überlegt zu haben und entfernte sich, wobei er es verstand, unbemerkt einen im Korridor hängenden Mantel mitzunehmen. Der Diebstahl wurde jedoch bald darauf bemerkt und es gelang, dem Manne den Mantel wieder abzunehmen.

Stiegen. Die Rettungssstation in Steegen wurde eingebrochen und das starke Manillatau, mit dem die Menschen von den gekrandeten Schiffen gerettet werden, wurde gestohlen. Der Tat verdächtig waren zwei Fischer aus Krakan. Sie bestreiten, die Tat begangen zu haben; ein Termin wurde bereits vertagt, um neue Zeugen zu hören. Das Manillatau ist etwa armstark und weiß. Solch ein weißes Tau haben sie nun im Winter 1919/20 geholt. Die Umstände sind verdächtig. Sie behaupten, daß dies ein altes Tau gewesen sei, das sie am Strande fanden und das unbrauchbar war. Das Verdict kam zur Freisprechung, da die Täterschaft nicht geklärt ist.

Meisterswalde. Das Oberverwaltungsgericht in Danzig hat die Abhaltung von jährlich zwei Kraam- und Viehmärkten in Meisterswalde und zwar am zweiten Donnerstags im Monat April und am ersten Donnerstags im Monat Oktober genehmigt.

Standesamt vom 29. Mai 1922.

Todesfälle: Tochter des Landwirts Paul Baranowski, 5 J. 7 M. — Tochter des Bäckermeisters Bruno Schwarz, 2 J. 9 M. — Tochter des Bankassistenten Walter Ehiem, 2 J. 7 M. — Sohn des Arbeiters Willy Wegner, 12 J. 8 M. — Frau Eva Nowak geb. Rath, fast 24 J. — Schmied Julius John, 68 J. 8 M. — Witwe Juliane Pokrieffe geb. Weisdorf, fast 76 J. — Schmied Hermann Krowoski, 52 J. 8 M. — Witwe Johanna Scholl geb. Fabricius, 68 J. 1 M. — Fleischer Otto Dambrau, fast 52 J. — Fleischer Fritz Streich, 33 J. 8 M. — Unehel. 1 Sohn, 1 Tochter.

Heutiger Devisenstand in Danzig.

| | | | |
|-------------------|---------|------------|---------|
| Polnische Mark: | 7,00—15 | am Vorlage | 7,20—25 |
| Amer. Dollar : | 277—78 | : | 288—89 |
| Englisches Pfund: | 1250 | : | 1310 |



